

## **Die Brandenburger dbb-Senioren bringen sich ein...**

Die Menschen, die sich den Sorgen, Nöten und Problemen der Senioren in unserem Land annehmen, haben eine hohe und verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Oftmals wird vergessen, dass die heutigen Senioren das geschaffen und erreicht haben, wovon in der Gegenwart alle Menschen profitieren. Generell sollte deshalb dieser Personengruppe mehr Beachtung und Respekt entgegengebracht werden.

Laut Berechnungen des Statistikamtes ändert sich bis 2030 die Brandenburger Bevölkerungsstruktur. So werden immer weniger Erwerbstätige im Alter zwischen 21 und 65 Jahren in Brandenburg leben, während die Zahl der Senioren steigt. Etwa 32 Prozent der Bevölkerung werden dann über 65 Jahre alt sein.

Dieses Wissen vorausgesetzt, haben die Vertreter der dbb-Senioren das Kennenlerngespräch mit dem Landesseniorenvertreter Normen Asmus im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz in Potsdam am 24. September 2020 sehr begrüßt.

Durch die Corona-Pandemie wurde sehr deutlich, dass die Digitalisierung in unserem Land katastrophal vernachlässigt wurde und nun endlich die Voraussetzungen für den seit Jahren angekündigten Breitbandausbau geschaffen und umgesetzt werden müssen. Davon betroffen sind nicht nur – wie in den Medien vorrangig berichtet - die unzureichende oder mangelhafte Ausstattung der Schulen.

Zahlreiche Veranstaltungen finden auf Grund der Pandemie nur online statt. Ausschreibungen zur Teilnahme an Seminaren werden digital versandt und Anmeldungen digital erwartet. Die Finanzämter haben überwiegend die Steuererklärungen auf digital umgestellt und fordern die Steuerzahler auf, zu denen auch die meisten Rentnerinnen und Rentner gehören, ihre Erklärungen digital abzugeben.

Die Wirtschaft stellt vielerorts auf digital um. Ein exemplarisches Beispiel hierfür bietet die Deutsche Bahn, die ihre Filialen schließt und statt dessen Fahrscheinautomaten auf den Bahnsteigen aufstellt und selbst in der Landeshauptstadt Potsdam das DB-Reisezentrum geschlossen hat. Das bedeutet, wer mit dem Automaten technisch nicht zurechtkommt und keine Hilfe vor Ort in Anspruch nehmen kann, riskiert wegen „Schwarzfahren“ mit Strafe belegt zu werden. Es wird erwartet und vorausgesetzt, dass insbesondere bei Fernreisen online gebucht wird. Wer nicht über einen Computer verfügt bzw diesen nicht ausreichend bedienen kann, wird in die Vereinsamung abgedrängt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vernachlässigung der deutschen Sprache, die durch englische Begriffe im Bereich der Computertechnik fast komplett ausgetauscht wurde und wird. Dem überwiegenden Teil der Senioren in den neuen Bundesländern wurde schulisch die russische Sprache als Fremdsprache vermittelt. Auch hier ist die Ausgrenzung und die Angst vor der Anwendung dieser Technik die Folge.

Um den älteren Menschen ein langes selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, gehört die digitale Teilhabe und die damit einhergehende dauerhafte und kompetente Begleitung ebenso zur Daseinsvorsorge wie die gesundheitliche Versorgung, die gesicherte flexible Mobilität insbesondere

im ländlichen Raum sowie die Schaffung oder Zurverfügungstellung kleinerer bezahlbarer Wohnmöglichkeiten.  
Bund, Länder und Kommunen sind hier gleichsam in der Verantwortung.

Einzelne erwähnenswerte Initiativen wurden bereits in Brandenburg gestartet. So hat die Stadt Potsdam seit September 2020 eine Wohnungstauschbörse eingerichtet, in der sich die Bürger entsprechend ihrer Vorstellungen „umsehen“ und ihren Wohnraum tauschen können. Geniale Idee, ob sie sich in der Praxis bewährt und dauerhaft durchsetzt, bleibt abzuwarten.

Die Idee, mobile Verbraucherzentralen mit Beratungsangeboten auf Marktplätze zu installieren, befindet sich noch in der Abwägungsphase.

Es soll die seniorengerechte Anwendung der Technik mit Senioren besprochen und entwickelt sowie sprachlich angepasst werden.

Die vereinfachte Steuererklärung für Senioren sollte auch in Papierform weiterhin angeboten werden.

Bezüglich der Mobilität ist Herr Asmus mit dem Verkehrsminister im Gespräch, um das Radwegesystem und die Mobilitätsvielfalt in unserem Land weiter auszubauen.

Weitere Themen, wie die Kappungsgrenze nach § 55 BeamtVG für einzelne Berufsgruppen, Pflege von Angehörigen ohne Pflegestufe und die Altersarmut nach der einheitlichen Bemessungsrichtlinie wurden kurz skizziert.

Das Positionspapier der Landesbünde Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin zur Regelung und Umsetzung der in der DDR erworbenen Zusatzversorgungs- und Rentenansprüche vom 01. September 2020 wurde Herrn Asmus überreicht.

Unsere Gesprächsrunde soll in Abständen fortgeführt werden.